

# Öffentliche Dienste sind mehr wert

## DIE LINKE unterstützt die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Gewerkschaften in der aktuellen Tarifrunde

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhalten seit Jahren geringere Lohnerhöhungen als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft. In der aktuellen Tarifrunde streiten sie und ihre Gewerkschaft deshalb für eine bessere Bezahlung. Doch Bund und Kommunen als Arbeitgeber stellen sich in dieser Tarifrunde stur. Sie reden über leere Kassen und wollen die Arbeit bei der Müllabfuhr, in den Krankenhäusern und Bürgerämtern nicht besser bezahlen. Bundesfinanzminister Schäuble (CDU) hat sogar angekündigt, bis zum Jahr 2014 keine Tarifierhöhungen in der Bundesverwaltung einzuplanen. Er will die Finanzen auf dem Stand des Jahres 2009 einfrieren und droht mit Stellenabbau.

Sparen auf dem Rücken der Beschäftigten schädigt auch die Bürgerinnen und Bürger. Denn für sie ist es wichtig, dass Feuerwehrleute motiviert und Altenpflegerinnen nicht überarbeitet sind. Bei zentralen Aufgaben der staatlichen Verwaltung wie der Finanzaufsicht oder dem Kampf gegen die Ausbeutung durch Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung darf nicht gekürzt werden. Schon jetzt werden immer mehr Gesetzentwürfe nicht in den Ministerien, sondern von externen Beratern geschrieben. Das höhlt die Demokratie aus. Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar für eine soziale und demokratische Gesellschaft.

Gute öffentliche Dienstleistungen gibt es aber nur, wenn Arbeitsbedingungen und Bezahlung gut sind. Deshalb unterstützt DIE LINKE die Forderungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaften nach angemessener Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen.

In der Wirtschaftskrise an den Löhnen im öffentlichen Dienst zu sparen, wäre auch volkswirtschaftlich Unsinn. Wenn Automobilbauer Kurzarbeit anordnen und der Kiosk an der Ecke pleite macht, liegt das auch daran, dass immer mehr Menschen immer weniger Geld in der Tasche haben, um Waren und Dienstleistungen zu kaufen. Um die Kaufkraft zu stärken, müssen diejenigen Menschen mehr bekommen, die das Geld wirklich brauchen. Das geht nicht mit Klientelpolitik für Hoteliers und Steuergeschenken an Reiche. Die Steuerpolitik der Bundesregierung schafft kein Wirtschaftswachstum, ist unsozial und setzt öffentliche Haushalte unter Spardruck.

Das Problem geplünderter öffentlicher Kassen kann nicht mit Lohnzurückhaltung oder Personalabbau gelöst werden. Notwendig ist, Unternehmen und Besserverdienende höher zu besteuern und die jahrelange Unterfinanzierung der kommunalen Haushalte zu beenden. Der Sozialabbau der Bundesregierung im Bund und über die Kommunen muss endlich gestoppt werden.

Mehr zum Thema auf [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

